

Herr Seigfried stellte ausführlich die derzeitige Situation dar und erläuterte aus Sicht der Verwaltung die besonderen Umstände, die zum Eintritt der aktuellen Situation geführt haben.

Herr Seigfried teilte mit, dass derzeit alle Möglichkeiten für Einsparmaßnahmen am geplanten Objekt im Rahmen mehrerer Gesprächsrunden der beteiligten Stellen geprüft würden, wobei Einsparmöglichkeiten nur durch Absenkung von Baustandard gesehen werden. In einer ersten Gesprächsrunde sei durch Reduzierung von Standards ein Einsparpotential von rd. 248.000,00 € errechnet worden. Danach könnten die Errichtungskosten aus 2.187.000,00 € gesenkt werden. In einer weiteren Einsparrunde, die bereits auf den 10.03.2005 terminiert sei, werde über weitergehende Einsparmöglichkeiten diskutiert. Er zeigte sich zuversichtlich, dass diese zweite Einsparrunde trotz eines hohen Krankenstandes beteiligte Personen innerhalb der Verwaltung wie geplant zustande komme und der Haupt- und Finanzausschuss am 16.03.2005 über ein konkretes Ergebnis dieser neuen Berechnungen informiert werden könne.

Herr Seigfried verwies auf das der Verwaltung im Bau- und Vergabeausschuss und Rat seitens der Verwaltung mitgeteilte vorgesehene Verfahren. Danach sei beabsichtigt, in einer ersten Stufe zu prüfen, inwieweit bei der gegebenen Planung unter Berücksichtigung mit der bereits durchgeführten Ausschreibung und der vorliegenden Ergebnisse Änderungen möglich sind ohne durchgeführte Ausschreibungen aufheben zu müssen. Nach derzeitigem Änderungsstand müsse nur eine Ausschreibung aufgehoben werden. Bei der jetzigen Lösung könne das Objekt in der vorgesehenen Zeitschiene realisiert werden und die bereits verausgabten Planungskosten sei nicht unnötig angefallen. Im Falle einer Neuplanung müsse davon ausgegangen werden, dass zusätzliche erhebliche Planungskosten entstehen. Aus diesem Grunde habe die Verwaltung die Frage einer etwaigen Neuplanung zurückgestellt.

Seitens der CDU-Fraktion erklärte Herr Wagner und für die SPD-Fraktion Herr Knülle, dass Befremden und Unverständnis zum Vorgehen der Verwaltung in der Angelegenheit und über die Tatsache, dass die politischen Gremien nicht informiert worden seien. Über die weiteren Schritte müssten nunmehr kurzfristig die politischen Gremien informiert und Beschlüsse gefasst werden.

Als Empfehlungsbeschluss an den Haupt- und Finanzausschuss stimmte der Kultur-, Sport- und Freizeitausschuss über folgenden Beschlussvorschlag seitens der CDU-Fraktion ab: